

## **Leitantrag**

**an die 1. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei  
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 29. und 30 Juni 2019 in Burg**

### **Das Land, die Leute, DIE LINKE – gemeinsam unser Land verändern**

Wir mussten und konnten 2016 mit der Wahlniederlage umgehen. Wer das kann, der kann und muss auch gewinnen können. In zwei Jahren wollen wir gewinnen und dafür müssen wir ab heute etwas tun. Gewinnen heißt, einen deutlichen Zuwachs gegenüber 2016 zu erzielen, also 20 Prozent plus x.

Das Ziel ist nur dann zu erreichen, wenn wir deutlich mehr Wählerinnen und Wähler erreichen und für uns gewinnen als 2016. Dieser Logik muss das politische Agieren des Landesverbandes in den nächsten Jahren folgen, auch die Wahlstrategie folgt dieser Logik und keiner anderen.

Die Landtagswahl wird die letzte vor der Bundestagswahl sein. Wir schauen auf den Bund, aber der Bund kann an uns nicht vorbeisehen.

Dazu müssen wir unsere Kompetenzen stärker herausarbeiten, insbesondere die Ostkompetenz, den Einsatz für soziale Gerechtigkeit, unsere Stärken bei der Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt und unsere Wahrnehmbarkeit und Wirksamkeit im Landtag und in den Kommunen, aber auch in außerparlamentarischen Projekten und Initiativen.

Für den Landesverband folgt daraus die Notwendigkeit, jetzt mit der Weichenstellung für 2021 zu beginnen, Mittel und Wege zu beschreiben und konsequent umzusetzen. Manches wird sich durch den Gang der Ereignisse verändern, es macht aber dennoch Sinn, den Horizont in's Auge zu fassen und nicht nur von einem zum nächsten Ereignis zu planen.

Wir wollen gewinnen!  
Wir können gewinnen!

#### 1. Annahmen zur gesellschaftlichen Entwicklung bis 2021

Wir gehen von einer labilen Haltbarkeit der Koalitionen auf Bundes- und Landesebene aus. Allerdings wird die Umbruchs-Anfälligkeit weiter zunehmen. Sollte es zu Bundestagswahlen im Frühjahr 2020 kommen, wären die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ein nachrangiges Ereignis. Wir müssen jederzeit in der Lage sein, mit solchen Optionen proaktiv umgehen zu können.

Wir werben bei der Landtagswahl für unsere Ideen, Personen und unseren Stil des Umgangs. Wir machen deutlich, was wir wollen und was wir nicht wollen. Für unsere Wahlstrategie ist dennoch eine vorausschauende Betrachtung auf die konkurrierenden Parteien im Land unerlässlich.

DIE LINKE wird voraussichtlich auf dem erreichten Niveau ihren Einfluss stabilisieren. Das ist nach eigenem Anspruch zu wenig, aber immer noch ein hohes Gut. In Zeiten drohender, aber noch nicht durchschlagender ökonomischer Krisen ist es gut, dass Wählerinnen und Wähler bei uns wissen woran sie sind, auch wenn wir als etabliert gelten. Wir sind die Partei mit dem sozialen Kompass.

Der Zuspruch zur LINKEN wird Schwankungen enthalten, zeitliche und regionale. Hinzu kommt der negative Einfluss einer permanenten Debatte über unser Führungspersonal auf Bundesebene. In Sachsen-Anhalt können wir uns diesbezüglich nicht vom Bundestrend abkoppeln.

Nach der Kommunalwahl müssen wir neue politische Zugänge zu ländlichen Regionen finden, darunter zu solchen Orten, in denen wir viel gewählt wurden, aber kein Personal vor Ort haben.

Es gibt Anzeichen gesellschaftlicher Veränderungen in der Umgangskultur. Die Ellenbogen-Mentalität ist vielerorts anzutreffen, aber das Gegenmodell einer freundlich-demokratischen „Kultur des Miteinander“ zeigt Gesicht. Das Land hat begonnen, seine FRUSTSTARRE zu überwinden. Das wird sich noch nicht im Ergebnis der Kommunalwahl zeigen, aber auf dem Weg bis 2021 zu beachten sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung bis 2021 wird widersprüchlich verlaufen. Die Folgen des Brexit werden wohl durch ein Einlenken der Europäischen Union gemildert. Das erhöht in Deutschland den Frust, mindert aber die ökonomischen Einbrüche. Schwerer wiegen die Einflüsse der Trump-Politik und die eigene unzureichende ökonomische Problembewältigung (Exportüberschuss – Investitionsmangel – Stadt/Land-Konflikte – Bildungsmisere – unzureichende Folgerungen aus der Finanzkrise – Russland-Sanktionen u.v.a.m.).

Die Regierungspolitik ist den rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt, insbesondere infolge der Digitalisierung nicht gewachsen. Vor einer neuen Herausforderung steht jedoch auch DIE LINKE, die sich als Partei der Arbeit versteht. Wir brauchen neue Antworten auf die Frage, wie wir zukünftig gute Arbeit und gutes Leben für alle vereinbaren wollen, wie wir die rasant wachsende Produktivität in eine neue Arbeitswelt mit weniger Arbeitszeit, ohne Niedriglöhne und Dauerstress überführen wollen. Die digitale Revolution soll allen zugute kommen und nicht die neue Profitquelle Einzelner sein.

Die Wirkungen der angenommenen volkswirtschaftlichen Entwicklung auf das Wahlverhalten werden im Prognose-Zeitraum weniger erheblich sein. Sachsen-Anhalt wird sich dennoch (wie der Osten insgesamt) vom Bundestrend entfernen, weil hier weniger Besitzstandswahrung angesagt ist (vgl: 100.000 € Geldvermögen je Bundesbürger).

In Zeiten wachsender Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse wird vorausschauende Analyse wichtiger, auch das Denken in verschiedenen Annahmen der Zukunft. Auf dem Weg zur Landtagswahl muss der Landesvorstand diese Analysearbeit

federführend leisten, natürlich mit vielen klugen Partnerinnen und Partnern. Und immer nah bei den Menschen.

## 2. Unser Wahlziel und der Weg zum Wahlprogramm

In der Landespolitik entscheiden wir über unsere Rolle immer anhand der Frage: Womit können wir im Sinne unserer Wählerinnen und Wähler das meiste erreichen?

Heute ist unsere Antwort: Die LINKE kann in der Opposition viel verbessern. DIE LINKE kann auch regieren. Wir haben das früher in Sachsen-Anhalt sogar auf den Weg gebracht. Wir verstehen auch Opposition als politische Verantwortung und nicht als ihr Gegenteil.

Die Kernbotschaften für uns sind:

- Die soziale Spaltung überwinden, Reichtum teilen, nicht die Not
- Klimaschutz als sozialökologischen Wandel angehen
- Menschenwürde und Demokratie verteidigen
- Lebensleistungen in Ostdeutschland anerkennen
- Frieden das Wort reden, abrüsten und Kriege verhindern

Die Entstehung des Wahlprogramms soll eine Werbung für unsere politische Kultur werden: einladend, teamfähig, radikal, humorvoll, verständlich, markant ...

Das Wahlprogramm entsteht nicht wie ein Malheft, wo der Vorstand alle Konturen vorzeichnet und die Mitglieder ausmalen dürfen. Eine solche „Einbeziehungs-Demokratie“ ist unsere nicht!

Dennoch braucht die Aufstellung des Wahlprogramms eine innere Logik. Das meint:

- Wichtige Themen erkennen und präzise erklären
- Eigene markante Forderungen und Vorschläge darstellen
- Gewinnende, neue Art der verständlichen Ansprache finden, die zum Mitmachen einlädt.

Es gibt Themenfelder, bei denen wir noch nicht gut genug sind, wo unsere in's Schaufenster gestellten Angebote nicht attraktiv genug sind, darunter

- die Verbindung von sozialer und ökologischer Kompetenz
- die Überwindung des Abhängens ländlicher Räume
- der Zugang zur digitalen Welt als sozialer Standard

Wir können Teamwork, die den Namen verdient, aber wir wollen's neu beweisen:

- Die Erkenntnisse aus den Landesparteitagen in Benndorf und Bernburg aufnehmen.
- Kompetenzen von Partei, Fraktion, externer Sachkunde gut vernetzen. Für jedes Großthema ein solches 3-er Team (Partei-Fraktion-Extern) bilden, das seinerseits in die jeweiligen Gliederungen kommuniziert und für Transparenz und Basisnähe sorgt.
- Öffentliche Diskussionsportale einrichten. (analoge und digitale)
- Angestrebte Geschlechter- und Generationengerechtigkeit im Programm-Prozess personell beachten.

Der Landesvorstand ist aufgefordert, mit den Stadt- und Kreisverbänden bis zum November 2019 dieses Teamwork konkret zu verabreden und einen Beschluss zur Umsetzung vorzulegen.

### 3. Politik ist Menschenwerk/Das Personal

Es gehört zu den politischen Aufgaben eines Landesvorstandes, Personalvorschläge sowohl innerhalb der Partei, aber auch bei Landtags- und Bundestagswahlen zu machen. Das kann aber nur in einem transparenten Verfahren unter Einbeziehung des Landesausschusses und der Kreise geschehen. Ein solcher Weg wurde mit Verweis auf nicht zwingende Formulierung in der Satzung erfolglos angefochten, trotzdem ist hier eine Klarstellung erforderlich.

Durch die Wahlordnung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung wird das gesetzlich vorgesehene freie Vorschlagsrecht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung sichergestellt. Für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung soll allerdings ein möglichst breit getragener Vorschlag für die Landesliste erarbeitet werden. Dieser Vorschlag soll so weit wie möglich inhaltlichen, regionalen und altersmäßigen Anforderungen an eine zukünftige Fraktion gerecht werden. Ob ein solcher Vorschlag ganz oder teilweise angenommen wird, entscheidet allein und souverän die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung. Das Vorschlagsrecht jeder einzelnen Vertreterin bzw. jedes einzelnen Vertreters für andere Kandidaturen bleibt davon unberührt, ebenso das Recht der Versammlung, auch andere Vorschläge in das Wahlverfahren einzubeziehen.

Um das zu sichern, erteilt der Landesparteitag dem Landesvorstand folgende Aufträge:

- Der Landesvorstand erarbeitet bis zum November 2019 Kriterien für Kandidaturen auf einer offenen Liste zur Landtagswahl 2021. Diese sind mit dem Landesausschuss und den Kreisen zu beraten.
- Der Landesvorstand erarbeitet in enger Abstimmung mit dem Landesausschuss und den Vorsitzenden der Stadt- und Kreisverbände bis zum Februar 2020 Kriterien und ein transparentes Verfahren zur Erstellung einer Landesliste.
- Der Landesvorstand macht bis zum September 2019 einen Vorschlag zur Änderung der Satzung des Landesverbandes, um die politische Verantwortung für einen Listenvorschlag klar zu regeln. Dieser Vorschlag ist in den Stadt- und Kreisverbänden zu diskutieren und in den nächsten Landesparteitag einzubringen.
- Der Landesvorstand erarbeitet für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung zur Landtagswahl 2021 bis zum Mai 2020 die Grundzüge eines Wahlverfahrens. Diese sind mit dem Landesausschuss und den Stadt- und Kreisverbänden zu beraten und in der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung vorzuschlagen.

### 4. Wahlen sind nicht alles, aber wichtig

Die Kommunalwahl 2019 ist Geschichte, nicht aber die Lehren, die wir daraus ziehen. Mit 1.523 Kandidaturen haben wir nachgewiesen, dass DIE LINKE nach wie vor eine stabile kommunalpolitische Verankerung hat. Besonders erfreulich ist, dass deutlich mehr jüngere Kandidatinnen und Kandidaten für uns ins Rennen gegangen sind, mit und ohne Parteibuch. Die wollen wir nicht nur halten, sondern auch für uns gewinnen. Nicht alle sind im ersten

Anlauf gewählt, wir wollen aber in den Stadt- und Kreisverbänden alle Möglichkeiten nutzen, um sie in die Arbeit der kommunalen Gremien und unserer Strukturen einzuladen.

Im Herbst 2019 stehen die Oberbürgermeisterwahlen in Halle und in Eisleben an, die eine Herausforderung für den gesamten Landesverband sind. In Halle besteht die berechtigte Chance auszuloten, ob es im Bündnis mit der SPD und den Grünen möglich ist, reale Veränderungen in der Stadtpolitik und darüber hinaus umzusetzen und die Frage „Wem gehört die Stadt?“ aus linker Sicht zu beantworten. In Eisleben gibt es die Möglichkeit, die Früchte jahrelangen intensiven kommunalpolitischen Agierens zu ernten und nachzuweisen, dass wir auch unter schwierigen Randbedingungen Chefin können.

Unser Markenkern ist und bleibt das Soziale. Das haben wir mit unseren Angeboten an Wählerinnen und Wähler zur Kommunalwahl deutlich gemacht, das wird uns aber auch weiter auf dem Weg begleiten. Soziales ist immer konkret. Unsere Aufgabe ist es, die großen zentralen Botschaften im Land und in den Kommunen umzusetzen, differenziert und zielgerichtet. Wohnen und Mieten, Pflege und Gesundheitsversorgung sind uns dabei genauso wichtig wie beispielsweise die Rente und ein gutes Leben auch für Seniorinnen und Senioren. Ein ganz zentrales Problem bleibt aber, die gute Arbeit und die stabile Daseinsvorsorge auch im ländlichen Raum zu sichern, damit er nicht ausblutet. Den in Benndorf begonnenen Weg des Dialogs mit Akteuren, Verbänden, Vereinen und Initiativen werden wir konsequent fortsetzen, nicht nur bei der Erstellung des Landtagswahlprogramms.

## 5. Als Partei zusammen wachsen

In den letzten Jahren haben viele jüngere Mitglieder zu uns gefunden. Nicht alle konnten wir halten. Das müssen wir gemeinsam verbessern. Die Neumitgliederseminare sind ein guter Ansatz, Treffen und Vernetzung von Neumitgliedern müssen wir stärker beleben. Das wichtigste ist aber, Erfahrungen ohne Bevormundung weiterzugeben, die Anregungen und Vorschläge aller Generationen in der Partei unter einen Hut zu bringen und daraus gemeinsame Stärke zu entwickeln. Dazu wird der Landesverband im Herbst 2019 einen Auftakt mit Politik, Kultur und weiteren Angeboten organisieren.

Die Ressourcen unseres Landesverbandes sind endlich, insbesondere außerhalb der großen Städte. Der Altersdurchschnitt unserer Mitglieder ist ein, aber nicht der einzige Grund. Viele Aufgaben sind auf wenige Schultern verteilt. Auch mit Geld ließe sich nicht alles kompensieren.

Deshalb müssen wir uns folgende Aufgaben erteilen:

- Der Landesvorstand erarbeitet in Abstimmung mit den Kreisen bis zum Dezember 2019 eine Potenzial- und Ressourcenanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Kampagnenfähigkeit und ihrer vorhersehbaren Entwicklung bis 2021.
- Die Stadt- und Kreisvorstände werden gebeten, in Auswertung der Kommunalwahlen 2019 positive Erfahrungen und Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen, um über einen Erfahrungsaustausch im Landesausschuss gute, wirksame Ideen im Land schneller umzusetzen.
- Der Landesfinanzrat wird beauftragt, bis zum Dezember 2019 eine Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung bis 2021 mit entsprechenden Schlussfolgerungen zu erarbeiten.

Mitentscheidend für die weitere Entwicklung unserer Partei ist, wie und in welchem Umfang sie öffentlich wahrgenommen wird. Kreative Ideen für interessante Aktionen und Veranstaltungsformate und beispielsweise eine ansprechende Präsentation im Web und den Social Media sind dafür unverzichtbar. Das können wir, es geht aber immer noch besser, wenn wir Ressourcen und technische Möglichkeiten bündeln und effektiver nutzen. Dazu ist folgendes notwendig:

- Der Landesvorstand erarbeitet bis zum Dezember 2019 einen mittelfristigen Plan der Öffentlichkeitsarbeit bis 2021, der an gesellschaftlichen Höhepunkten orientiert ist und insbesondere die Online-Aktivitäten auch der Kreise unterstützt.
- Die Landtagsfraktion wird gebeten, die Wirksamkeit ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu analysieren und Schlussfolgerungen auch für die Verzahnung der Möglichkeiten der Fraktion mit denen des Landesverbandes zu erarbeiten.

## 6. Das ist zu tun!

Wir sind ein aktions- und handlungsfähiger Landesverband mit klaren politischen Vorstellungen, was im Land und in der Kommune aus unserer Sicht zu tun ist. Wir haben eine Landtagsfraktion, die in ihrer Arbeit konsequent nicht nur Schwerpunkte setzt, sondern auch umsetzt. Das ist ein Pfund, auf das wir aufbauen können. Die Aufgaben sind aufgeschrieben, jetzt heißt es loslaufen, sie abzarbeiten, aus den Analysen Schlussfolgerungen zu ziehen, diese gemeinsam umzusetzen und dabei die gesamte Partei nicht nur mitnehmen, sondern zum aktiven Mitgestalten zu ermuntern und aufzufordern.

Wir wollen das Land verändern und wir werden das Land verändern!